

Vorstandssitzung der BAG Hartz IV, DIE LINKE, am 10.07.2015 in Berlin

Erklärung zum Protokoll

von: Rainer M. Lindner

Erklärung:

Bei der Vorstandssitzung am 10.07.2015 in Berlin können nach derzeitigem Wissensstand folgende Vorstandsmitglieder nicht teilnehmen:

Ayse Fehimli-Kuzu, Martina Scheefeldt, Renate Pohl, Rainer Lindner.

Obgleich bereits vor der für die Terminfindung anberaumten Doodle-Umfrage zumindest anhand der Diskussion in der internen FB-Gruppe des Vorstandes bekannt war, dass mindestens drei der genannten Personen in der Zeit 10.-12.7.2015 keine weiteren Termine wahrnehmen können, wurde der 10.07. als einer von drei Terminen in der Doodle-Umfrage angegeben.

Die Abstimmung endete mit 7 Zustimmungen für den 10.07.2015, 9 Uhr und 7 Zustimmungen für den 21.07.2015, 12 Uhr. Ungeachtet der Tatsache, dass ich selbst erst ca. 9 Stunden nach Start der Umfrage an der Abstimmung teilnehmen konnte, sollte eine Abstimmung zur Terminfindung mindestens für den Zeitraum von 24 Stunden laufen, bzw. explizit angegeben werden, dass ein deutlich kürzeres Zeitfenster zur Verfügung steht.

Da zwei Alternativtermine die gleiche Zustimmung erhielten und darüber hinaus für den 21.07. zumindest zum Zeitpunkt der Abstimmung von den Vorstandsmitgliedern keine Einschränkungen bekannt waren, ist es sehr befremdlich, dass der 10.07. als verbindlicher Termin benannt wurde.

Begründet wurde die Eilbedürftigkeit einer Vorstandssitzung damit, dass dringend eine Geschäftsordnung verabschiedet werden muss und weitere Zuständigkeiten vergeben werden müssen.

Zuständigkeiten - so sie denn tatsächlich schnellstmöglich verfügbar sein müssen - können problemlos über das Emailumlaufverfahren beschlossen werden. Ein dringender Anlass, möglichst sofort eine GO verfügbar haben zu müssen, besteht nicht. Alle Regularien der Arbeitsweise des Vorstandes können temporär problemlos ebenfalls per Email-Umlaufbeschluss getroffen werden bzw. können auf Basis bestehender Regelungen unserer Parteisatzungen und -ordnungen wahrgenommen werden.

Eine GO, die letztendlich den Zweck haben muss, die Vorstandsmitglieder an gewisse Vereinbarungen zu binden, sollte keinesfalls im „hau-ruck-Verfahren“ beschlossen werden, ohne dass jedes Vorstandsmitglied ausreichend Gelegenheit hatte, seine Vorstellungen zur Diskussion zu stellen bzw. einzubringen.

Aus diesem Grund erachte ich diesen gesamten Vorgang (Terminfindung, Kurzfristigkeit, Beschluss der GO) als sehr unsolidarisch, intransparent und im Widerspruch zu unseren gemeinsam im Konsens vereinbarten Arbeitsweise stehend. Aus diesem Grund habe ich den Antrag gestellt, bei der Sitzung zwar über die GO zu diskutieren, aber keinen Beschluss darüber zu fassen. Ein Vorschlag für eine Vorgehensweise ist dem Antrag in der Begründung beigelegt.

München, den 08.07.2015

